Datum: 27. November 2023

Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Viele offene Fragen gibt es also, viele Unsicherheiten beim Haushalt, die auch längst die Ampelkoalition an ihre Grenzen bringen. Die FDP will vor allem sparen und an der Schuldenbremse festhalten. SPD und Grüne wollen dagegen mehr finanziellen Spielraum für aus ihrer Sicht notwendige Investitionen. Dazu kann ich jetzt sprechen mit Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, guten Morgen.

Otto Fricke: Guten Morgen und winterliche Grüße aus Berlin, Frau Grunwald.

Grunwald: Danke schön. Herr Fricke, die Umwidmung von Corona-Hilfen für den Klimaschutz, sie ist verfassungswidrig. Nothilfekredite können nicht für spätere Jahre zurückgelegt werden, urteilte Karlsruhe. Damit kam es zu der 60-Milliarden-Euro-Lücke. Architekt dieser Etatplanung war Haushaltsstaatssekretär Werner Gatzer. Der muss jetzt in den Ruhestand. Sie sind gewählter Volksvertreter. Sie können nicht einfach so gegangen werden. Trotzdem, wie viel Schuld an der aktuellen Haushaltsmisere tragen auch Sie?

Fricke: Na ja, Schuld ist so eine persönliche Vorwerfbarkeit. Die mache ich mit mir selber aus. Verantwortung aber dafür hat der Abgeordnete einer Regierungskoalition. Wenn ein Gericht feststellt, dass etwas verfassungswidrig ist, weil es als Gesetz vom Gesetzgeber, der man als Abgeordneter ist, beschlossen worden ist, dann ist man demütig, nimmt das an und setzt die Folgen des Gerichtsbeschlusses um und überlegt nicht, ob das zugrundeliegende Gesetz, sprich die Verfassung, sprich die Schuldenbremse, falsch ist.

Grunwald: Also die übriggebliebenen Corona-Hilfen in den Klimafonds vor knapp zwei Jahren auf Vorrat verschoben wurden, da gab es ja viele warnende Stimmen,

etwa der damalige CDU-Ministerpräsident Bouffier aus Hessen. Er sagte, das könne verfassungswidrig sein. Und auch Sie selbst haben gesagt, Sie hätten Bauchschmerzen gehabt. Sind Sie sehenden Auges in die haushalterische Katastrophe geschlittert?

Fricke: Nein, aber Bauchschmerzen habe ich gehabt. Das stimmt. Nur, das ist keine Ausrede jetzt für mich und da würde ich mich jetzt auch nicht berufen auf: Na ja, ich habe es ja gesagt. Sondern – und das ist auch die Aufgabe von Politik – wir haben da ein gewisses Risiko gesehen, aber würden wir Politik in Deutschland in den letzten 70 Jahren nur nach dem Motto gemacht haben, wir gehen keine Risiken ein, hätte es auch keine Verfassungsgerichtsurteile gegeben. Nein, das ist genau das, warum Gewaltenteilung funktioniert, wo man sehen muss, was sind die Grenzen von dem, was möglich ist, was sind die Wege von dem, was möglich ist. Wir haben damals das für den richtigen Weg gehalten und für einen möglichen ob der damaligen außergewöhnlichen Notsituation. Diesen Weg hat das Gericht für uns, aber – wie Sie ja auch eben berichtet haben – für die Länder verwehrt. Und jetzt wird das eben so umgesetzt, dass es eben diese Richtung nicht mehr gibt.

Grunwald: Warum gab es keinen Plan B?

Fricke: Na ja, es gibt schon einen Plan B. Den sehen wir ja jetzt in der Umsetzung. Nur, dass das Urteil so umfangreich war, also dass die 60 Milliarden in einem Risiko standen, war unbezweifelt eines der möglichen Dinge, von denen auszugehen war. Dass wir dieses dann relativ schnell umsetzen müssen, war vielleicht auch noch okay. Dass das Gericht aber dann auch noch gleichzeitig die Buchungsregeln geändert hat, Stichwort Jährlichkeit/Jährigkeit, also die Frage ist immer auf das jeweilige Jahr zu konzentrieren, war dann schon überraschend und die Buchungsregeln selbst auch. Und schließlich, das muss man auch sehen, wir haben hier ein Urteil von Mitte November, das bis Ende Dezember umgesetzt werden muss, um den Haushalt 2023 auf verfassungsgemäße Beine zu stellen. Da muss ich dann sagen, das war schon sehr überraschend. Merkt man aber auch daran, dass ja jetzt die ersten Länder bereits schon wieder Umbaumaßnahmen vornehmen und Notsituationen für dieses Jahr noch erklärt haben und wir das im Laufe der nächsten Wochen dann auch noch für das Jahr 2023 tun müssen.

Grunwald: Sparen ist jetzt das Gebot der Stunde, sagt Finanzminister Lindner. Für Aufregung sorgte die Ankündigung, die Gas- und Energiepreisbremsen Ende des Jahres auslaufen zu lassen und eben nicht erst Ende März 2023. Koalitionspartner SPD ist da sehr skeptisch, der Streit programmiert. Was sagen Sie?

Fricke: Ende März 2024 war der ursprüngliche …

Grunwald: 2024, ja, Entschuldigung, genau.

Fricke: Ja, nein, nein, völlig … so, Ende März 2024 war der ursprüngliche Plan. Aber – und das muss man jetzt sehen – wir haben ja bei der Begründung einer außergewöhnlichen Notsituation und nicht einer Krise oder Ähnlichem, sondern einer außergewöhnlichen Notsituation und einer außergewöhnlichen Störung der Wirtschaftslage – das kommt dazu – immer genau zu sehen: Wo sind die jeweiligen Marktpreise zum Zeitpunkt des Beschlusses des jeweiligen Haushaltes? Das war Anfang 2023 so, dass man das schon gesehen hatte, dass die Preise a) noch weit über dem Niveau dessen sind, was verträglich war. Haben auch alle Wirtschaftsinstitute etc. gesagt. Aber wenn wir uns angucken, wo die Preise jetzt sind, dann sind sie, ja, hoch, ja, sie sind teurer als vor der Krise, vor dem Angriff auf die Ukraine, vor der Zerstörung der Pipeline, aber sie sind nicht mehr auf einem Niveau, das hier die Begründung noch notwendig macht. Das kann man auch daran sehen, dass die Anträge, die in diesem Jahr gestellt worden sind, etwa von Krankenhäusern etc., weiter zurückgehen.

Grunwald: Heißt aber konkret, wenn die Bremsen jetzt zum Jahresende auslaufen und eben nicht erst März 2024, dann wird der Staat nicht einspringen, wenn die Energiepreise für Bürgerinnen und Bürger doch noch durch die Decke gehen, was wir ja nicht wissen, weil wir ja nicht genau wissen, wie der Winter wird, wie hart der wird.

Fricke: Ja, aber genau, wenn ich dieser Argumentation folge, könnte ich jedes Jahr, für jedes Jahr erst mal erklären, okay, ich setze die Schuldenbremse aus, es könnte ja sein. Hier muss dann Politik sich auf Gutachten verlassen. Hier muss sie sich auf Entwicklungen verlassen. Und ich darf noch mal daran erinnern, um den Unterschied zu zeigen. Als wir den Haushalt 2023 aufgestellt haben, wurde uns klar gesagt, die

Energiepreise können durch die Decke gehen, es kann sogar zu Realeinkommensrückgängen von -7 bis -8 Prozent kommen. Das BIP kann runtergehen, weil die Preise sind. Diese Prognosen haben wir jetzt eben nicht mehr. Und ich glaube, Politik muss da schon sehr genau schauen, wie die Prognosen sind. Jetzt kommt aber der Punkt, der wichtig ist. Wenn es wirklich so wäre, dass wir dann wirklich eine neue Notsituation bekommen – ich sage das blöde Beispiel, das muss jetzt nicht stimmen, aber damit man es nachvollziehen kann. Wir hätten Vulkanausbrüche in Deutschland und alles funktioniert nicht mehr und deswegen haben wir auch Energieprobleme. Dann können wir das wieder machen, aber eben nur dann und nicht einfach mal pauschal auf Vorrat.

Grunwald: Finanzminister Lindner sagt auch, man müsse jetzt klar Prioritäten setzen, man müsse vernünftig haushalten. Wo würden Sie zuerst sparen?

Fricke: Na ja, erstens: Ich würde nicht – so sehr ich den Deutschlandfunk schätze – über den Deutschlandfunk die Verhandlungen führen, weil ich genau weiß, wenn der FDP-Mann sagt, da müssen wir sparen, sagen die anderen: Ha, genau da eben nicht. Ich würde allerdings wirklich genau jetzt schauen, wie eine Lücke, die im unteren zweistelligen Milliardenbereich im Haushalt 2024 jetzt entstanden ist, zu füllen ist. Und dafür müssen wir an alle Bereiche ran. Dazu muss ich mir auch anschauen: Wo sind Erhöhungen in den letzten Jahren gewesen und auf welche kann, soll und muss ich verzichten? Da gibt es kein Tabu im Sinne von man darf nicht über Soziales reden. Da gibt es kein Tabu, man darf nicht über Dinge reden wie wir die auswärtige Politik betreiben. Aber da gibt es auch kein Tabu, über irgendetwas anderes zu reden.

Grunwald: Sie sagen, alles muss auf den Tisch.

Fricke: Ja.

Grunwald: Und Sie haben aber auch in Interviews bereits gesagt, alle Partner müssten jetzt Kompromisse eingehen.

Fricke: Ja.

Grunwald: Also, welchen Kompromiss würde die FDP eingehen? Was würden Sie einsparen? Ich frage noch mal.

Fricke: Ja. Und das ist auch interessant und da bin ich auch froh, dass ich das hier noch mal sagen kann. Ich habe gesagt, wir müssen uns auch die Einnahmeseite angucken. Leider sind die meisten Politiker, sage ich jetzt mal, der Opposition der Meinung, Einnahmeverbesserung geht nur über Steuererhöhungen. Die lehne ich ab. Das ist nicht das Prinzip. Aber was wir machen müssen, wir müssen Wirtschaftswachstum verstärken. Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Land interessant und attraktiv für Kapital wird. Denn Investitionen, auch in Deutschland, sind nur zu maximal 20 Prozent Investitionen des Staates. Wir müssen dafür sorgen, dass wir gucken: Was können wir noch verkaufen? Was können wir privatisieren? Wie viele Dinge hat der Bund in den letzten Jahren sich angeeignet, die er gar nicht braucht? Da gibt es ganz, ganz viele Wege. Und letztlich, sage ich auch, müssen wir natürlich an die Subventionen ran. Und da müssen wir ganz genau schauen, was geht.

Grunwald: Beispielsweise die klimaschädlichen Subventionen, also das Diesel-Privileg?

Fricke: Wir werden auch über klimaschädliche Subventionen reden. Ob es das Diesel-Privileg ist, wäre dann für mich die Frage: Reden wir dann bei der Kfz-Steuer auch über den Diesel-Malus? Nein. Ganz klar an der Stelle: Wenn ich nicht erkläre in einer Dreierkoalition – und das ist doch bei jedem zu Hause in der Ehe auch so – wenn du über die Frage von Problemen redest und nur einer setzt sich durch und nur einer bestimmt das, funktioniert es nicht oder ist an der Stelle keine funktionsfähige Ehe.

Grunwald: Herr Fricke, um flüssig zu sein, mehr Schulden machen zu können, wird jetzt eine Reform der Schuldenbremse diskutiert. SPD und Grüne wollen das. Die FDP sagt strikt nein. Was ist so schlimm an einer Reform der Schuldenbremse, wenn nicht nur Politiker, sondern auch Wirtschaftsexperten das für vertretbar halten – eine Reform der Schuldenbremse?

Fricke: Weil es nicht um Vertretbarkeit geht, wenn man an die Verfassung herangeht. Und das ist ja das, was bei dem „wir wollen eine Reform der Schuldenbremse“ vergessen wird. Wir wollen die Verfassung ändern. Und ethisch, politisch muss ich dann doch sagen, wenn ein Gericht mir als Abgeordneter sagt, das ist die Schuldenbremse, so ist die angeschärft zu sehen, mit Jährigkeit und Jährlichkeit, mit Buchungsregeln, nichts mehr auf sozusagen Vorrat an der Stelle, wenn sie sagt, selbst Hilfen im Ahrtal müssten im Zweifel jährlich … dann kann ich doch nicht als Politik, als Bundestag sagen, oh, die Regeln sind jetzt aber hart, die da in der Verfassung stehen, jetzt ändere ich die mal. Zweitens – und das ist wichtig …

Grunwald: Aber hat Bundeswirtschaftsminister Habeck – Entschuldigung, wenn ich da reingehe – hat er nicht einen Punkt? Er hat ja gesagt, die Schuldenbremse wurde in einer anderen Zeit konzipiert, vor Corona, vor dem Krieg in der Ukraine, zu einer Zeit, wo billiges Gas üppig floss. Jetzt herrschen ganz andere Zeiten. Ist es da nicht folgerichtig, dass auch die Schuldenbremse reformiert werden muss?

Fricke: Also, wenn die Zeiten sich ändern, ist die Folge, dass ich sage, ich muss dann einfach mehr Geld ausgeben können? Das kann doch nicht die Antwort von Politik sein. Das würde doch auch keiner von uns als Privatbürger machen. Nach dem Motto: Wenn es schwierig wird, dann sage ich einfach mal, wo kriege ich mehr Geld her. Nein, ich würde doch auch als Erstes mal gucken, auf was kann ich verzichten, wo muss ich vielleicht Liebgewonnenes beenden und Ähnliches mehr. Und ich darf noch was sagen, denn ich halte diese Diskussion im Moment für eine Chimäre. Dafür braucht es, um die Schuldenbremse zu ändern, eine Zweidrittelmehrheit. Die müsste im Bundestag und im Bundesrat sein. Ich sehe sie nicht innerhalb der Koalition. Die CDU sagt bisher im Bundestag nein. Es gibt ein paar Ministerpräsidenten der CDU/CSU und der SPD, die das wollen. Aber für eine Zweidrittelmehrheit, mit Verlaub, ist doch gar nicht irgendwas zu sehen.

Grunwald: Ich höre raus, Sie haben da Schwierigkeiten. Mit der Bitte um eine ganz kurze Antwort. Die Ampelpartner streiten inzwischen wieder mit harten Bandagen, wie die Milliardenlücke geschlossen werden kann. Hält die Koalition, die sowieso schon unter Vertrauensverlust leidet, hält die Koalition das aus? Ihre Prognose?

Fricke: Wenn man mit nüchterner Leidenschaft zur praktischen Vernunft an die Dinge rangeht und nicht in Panik gerät, wenn man nicht auf den anderen draufhaut, sondern sieht, dass der andere ja auch nicht dumm ist und dann miteinander redet, und wenn man vor allen Dingen dann an der Stelle ruhig, aber gleichzeitig fortschrittlich herangeht, dann …

Grunwald: Hier folgen die Nachrichten. Danke, Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.